

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort .....	V

Prof. Dr. HANS NIESKENS  
Vorsitzender des Vorstands des UmsatzsteuerForums e.V., Münster

<b>Begrüßung und Eröffnungsansprache .....</b>	<b>1</b>
--	----------

THOMAS HENZE, M.L.E.  
Leiter des Referats „Prozessvertretung der Bundesrepublik Deutschland  
vor den europäischen Gerichten“, Bundesministerium für Wirtschaft und  
Technologie, Berlin

## **Grundsatz der steuerlichen Neutralität im gemeinsamen Mehrwertsteuersystem**

### **- Eine Bestandsaufnahme der Rechtsprechung des EuGH -**

I. Bedeutung der Harmonisierung der Mehrwertsteuer für den Binnenmarkt .....	7
II. Einzelne Ausprägungen des Grundsatzes der steuerlichen Neutralität	
1. Steuerliche Neutralität und Vorsteuerabzug (Belastungsneutralität) .....	10
2. Steuerliche Neutralität und Vermeidung der Doppel- besteuerung bei innergemeinschaftlichen Lieferungen (Belastungsneutralität) .....	13
3. Steuerliche Neutralität als Ausprägung des Wett- bewerbsprinzips und des Gleichheitsgrundsatzes (komparative Neutralität) .....	13
III. Einschränkungen der steuerlichen Neutralität .....	20
IV. Zusammenfassung .....	24

Prof. Dr. JOACHIM ENGLISCH  
Universität Münster

**Vorsteuerabzug und nicht steuerbare Aktivitäten  
- Zuordnung von Vorleistungen -**

I. Einleitung .....	25
II. Vorbemerkungen zur sog. Sphärentheorie .....	32
III. Kategorien nicht steuerbarer Aktivitäten .....	41
1. Keine Leistungserbringung .....	41
2. Kein Leistungsaustausch mangels Entgeltlichkeit .....	45
3. Kein Leistungsaustausch mangels Zweipersonen- verhältnisses .....	50
4. Nichtunternehmerische Leistungserbringung .....	51
IV. Vorsteuerabzug	
1. Grundsätzliche Erwägungen .....	53
2. Rechtsprechungsgrundsätze .....	61
3. Aufteilungsmaßstab bei gemischter Verwendung .....	72
4. Zuordnungswahlrecht bei gemischter Verwendung? ...	75

WERNER WIDMANN  
Ministerialdirigent im Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz, Mainz

**Problemfelder der Neuregelung zur Ortsbestimmung  
sonstiger Leistungen**

I. Einführung .....	92
II. Ursachen und Wirkungen der normativen Schwierigkeiten	
1. Bisherige Schwierigkeiten sind kaum ausgeräumt .....	93
2. Aber beachtlicher Vereinfachungseffekt .....	93
3. Genaue Leistungsbeschreibung bei der Rechnung weiterhin nötig .....	94
4. Zusammengesetzte Leistungen .....	95
5. Tatbestandliche Probleme bei den „ähnlichen Leistungen“ .....	95

	Seite
6. Bipolarer Aufbau der Norm .....	97
7. Wann handelt der Unternehmer „als solcher“? .....	97
8. Zusammenhang mit der Steuerschuldverlagerung auf den Leistungsempfänger .....	98
9. Angaben in der Zusammenfassenden Meldung .....	99
10. Erneute Änderungen bei § 3a Abs. 3 Nr. 3 UStG zum 1.1.2011 .....	99
11. Unvermeidbare Vollzugsdefizite .....	101
12. Gemischter Leistungsbezug .....	102
13. BMF-Schreiben vom 8.12.2009 .....	103
14. Bezüge der juristischen Personen des öffentlichen Rechts .....	104
15. Nichtverwendung der Umsatzsteuer-Identifikationsnummer .....	105
16. Vermittlung von Zimmern in Hotels u.ä. ....	106
III. Fazit .....	106

Dipl.-Fw. (FH) STEFAN HEINRICHSHOFEN

Rechtsanwalt, Steuerberater und Fachanwalt für Steuerrecht, München

### **Zuordnung von sonstigen Leistungen zu einer Unternehmensbetriebsstätte**

I. Einleitung .....	109
II. Definition der Unternehmensbetriebsstätte	
1. Allgemeine Ausführungen .....	110
2. Sonderthematik der Organgesellschaft als Betriebsstätte .....	112
3. Sonderthematik der festen Verbindung zur Erdoberfläche .....	113
III. Bedeutung der Zuordnung und maßgebliche Zuordnungskriterien	
1. Ausgangsumsätze .....	114
2. Bedeutung für das Besteuerungsverfahren .....	124

	Seite
3. Bedeutung für Eingangsleistungen .....	127
IV. Zusammenfassung und Ausblick .....	129

Prof. Dr. ALEXANDER NEESER  
Fachhochschule Ludwigsburg

### **Nachweispflichten und Gutglaubensschutz beim Waren- und Dienstleistungsexport**

I. Entwicklung .....	131
II. BMF-Schreiben vom 6.1.2009 und vom 5.5.2010 .....	134
III. Wichtige Verfahren zu Lieferungen im Binnenmarkt	
1. EuGH-Rechtssache R. ....	137
2. EuGH-Rechtssache X und Facet .....	138
3. EuGH-Rechtssache Verigen .....	138
4. BFH-Revisionsverfahren V R 3/10 .....	140
5. BFH-Revisionsverfahren XI R 11/09 .....	140
IV. Neuregelung der §§ 17a und 17c UStDV .....	141
V. Vertrauensschutz bei sonstigen Leistungen .....	144

MATTHIAS FELDT  
Leiter der Gruppe Umsatzsteuer/Zoll, ThyssenKrupp AG, Düsseldorf

### **Nachweispflichten und Gutglaubensschutz beim Waren- und Dienstleistungsexport - Fallbeispiel aus der Unternehmenspraxis -**

I. Einleitung .....	147
II. Betrugsrisiko bei innergemeinschaftlichen Lieferungen .....	148
III. Praktischer Fall	
1. Sachverhalt .....	149
2. Durch den Fall aufgeworfene Fragen .....	150

	Seite
3. Wie kann der Unternehmer eine Steuerfreiheit erreichen? .....	150
4. Unterscheidung zwischen Beförderungs- und Versendungsfall .....	151
5. Nachweiswirkung des CMR-Frachtbriefs .....	152
6. Vertrauensschutz und Beweislast .....	153
7. Überprüfung der Umsatzsteuer-Identifikationsnummer .....	153
8. Abweichender Gesellschaftsname .....	154
9. Angemessenheit von Prüfungsmaßnahmen .....	155
10. Risikoverteilung im Betrugsfall .....	156
IV. Schlussbetrachtung .....	156

Prof. Dr. TINA EHRKE-RABEL

Lehrstuhlinhaberin und Leiterin des Instituts für Finanzrecht an der Karl-Franzens-Universität, Graz

### **Mitteilung der Kommission zur Mehrwertsteuergruppe**

I. Vorbemerkung .....	160
II. Unionsrechtliche Grundlagen .....	160
III. Gestaltungsspielraum der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung .....	161
IV. Ausübung des Wahlrechts in Deutschland und Österreich	163
V. Nationale Umsetzung in Deutschland und Österreich vor dem Hintergrund der Mitteilung der Kommission betreffend Mehrwertsteuergruppen	
1. Vorbemerkung .....	164
2. Formalvoraussetzung: Konsultation des Mehrwertsteuerausschusses .....	164
3. Zweck der Mehrwertsteuergruppe .....	165
4. Einheitliche Anwendung des Gruppenregimes in einem Mitgliedstaat .....	165

	Seite
5. Persönlicher Anwendungsbereich der Mehrwertsteuergruppe .....	167
6. Territorialer Anwendungsbereich .....	174
7. Eingliederungsvoraussetzungen .....	177
VI. Folgen des Vorliegens einer Mehrwertsteuergruppe	
1. Rechte und Pflichten der Gruppe .....	182
2. Umsätze gegenüber Dritten und gruppeninterne Umsätze .....	182
3. Umsatzsteuer-Identifikationsnummer und Zusammenfassende Meldungen .....	183
4. Vorsteuerabzug der Gruppe .....	187
5. Auflösung und Beendigung der Gruppe .....	187

Dr. CHRISTOPH WÄGER  
Richter am Bundesfinanzhof, München

### **Brennpunkte der wirtschaftlichen und organisatorischen Eingliederung**

I. Einleitung .....	189
II. Organisatorische Eingliederung .....	190
III. Wirtschaftliche Eingliederung .....	192
IV. Finanzielle Eingliederung .....	193

Prof. Dr. WOLFRAM REIß  
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

### **Begrenzung der Organschaftswirkung auf das Inland - Sekundärrecht versus Primärrecht -**

I. Problemstellung .....	196
--------------------------	-----

	Seite
II. Vereinbarkeit der Organschaftsregelung mit den generellen Vorgaben aus Art. 11 MwStSystRL	
1. Einheitliches Unternehmen des Organträgers .....	197
2. Eingliederung und Unterordnung nur von juristischen Personen .....	197
3. Keine Verletzung des Neutralitätsgrundsatzes der Mehrwertsteuersystemrichtlinie .....	200
4. Keine Verletzung der Grundfreiheiten durch mangelnde Rechtsformneutralität .....	206
III. Ausschluss der grenzüberschreitenden Gruppenbesteuerung durch Art. 11 MwStSystRL	
1. Ansässige Personen .....	207
2. Niederlassungen im Ausland als Unternehmensteile des Gruppen-/Organschaftsmitglieds, aber nicht der Gruppe / des Organträgers .....	209
3. Verbot der Einbeziehung von in anderen Mitgliedstaaten belegenen Unternehmensniederlassungen in die Gruppenbesteuerungsregelung des jeweiligen Mitgliedstaats .....	211
IV. Wirkungen der nationalen Organschaftsregelung	
1. Verfahrensrechtliche Auswirkungen: eine einheitliche Steuererklärung und Steuerfestsetzung .....	213
2. Nur Organträger als Steuerschuldner, Haftung der Organgesellschaften .....	214
3. Nichtsteuerbarkeit von „Innenumsätzen“ .....	216
4. Keine benachteiligenden Wirkungen durch Ausschluss von der Organschaft für nicht ansässige Unternehmen/ Personen .....	216
V. Materielle Privilegierung der „inländischen“ Organschaft und Benachteiligung der grenzüberschreitenden Organschaft bei unechten Steuerbefreiungen .....	217
VI. Auswirkungen der Benachteiligung der grenzüberschreitenden Organschaft .....	219
VII. Beschränkung der Grundfreiheiten	
1. Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit .....	220

## Inhaltsverzeichnis

---

	Seite
2. Verstoß gegen Art. 110 AEUV .....	223
3. Beschränkung der Niederlassungsfreiheit .....	223
VIII. Abgrenzung der Besteuerungsrechte kein Rechtfertigungsgrund .....	224
IX. Gleichbehandlung der grenzüberschreitenden Organschaft erforderlich und möglich .....	227
X. Rechtsfolgen der Verletzung der Grundfreiheiten durch die Organschaftsregelung .....	230
Stichwortverzeichnis .....	237